

Clubverstärker-Wahlprüfsteine zu den Wahlen der Bremischen Bürgerschaft 2019

Antworten von **Miriam Strunge**, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft. Miriam Strunge kandidiert erneut für DIE LINKE auf Platz 5 der Liste für das Stadtgebiet Bremen zur Bremischen Bürgerschaft.

Bremen, den 13. Mai 2019

Themen/Fragen:

Musikstadt Bremen

FRAGE: Wie ist der Stellenwert für Populärmusik in dem kulturpolitischen Programm Ihrer Partei?

FRAGE: Hochkultur versus Popkultur oder kann eine gleich starke Unterstützung noch mehr Potentiale in der Stadt heben? Wie steht Ihre Partei dazu?

FRAGE: Welche Unterstützung plant Ihre Partei im Bereich der Populärmusik?

Antwort: DIE LINKE hält die Trennung von Hoch- und Popkultur für überholt, sie ist nicht mehr zeit- und sachgemäß. Alle Musikbereiche repräsentieren zusammen das Musikleben in Bremen und Bremerhaven und bedürfen einer Förderung, die den je unterschiedlichen Bedürfnissen angemessen ist.

Im Bereich der Popmusik sehen wir zum einen erheblichen Mangel an Proberäumen. Hier ist die Stadt Bremen gefordert, gemeinsam mit den Musiker*innen Lösungen zu schaffen. Zwischennutzung kann dabei nur eine kurzfristige Maßnahme sein, darf aber nicht dazu führen, dass Bands in der Stadt nur hin- und hergeschoben werden und immer wieder auch in der Luft hängen. Der lokalen Szene müssen verlässliche, langfristige und ausreichende Probenräume zur Verfügung stehen.

Zum zweiten sehen wir erhebliche Bedarfe in der sogenannten Jungen Szene, die mit alternativen Festivals, Freiluftpartys und auch neuen Clubstrukturen in den letzten Jahren die Stadt aufgewirbelt hat. Die bisherigen Förderinstrumente greifen für diese Initiativen nicht, hier muss im Kulturretat eine neue Förderlinie geschaffen werden.

Vernetzung und Professionalisierung

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu einer institutionellen Förderung des Clubverstärkers und der Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Form eines »Pop-Büros« für Bremen?

Antwort: Die LINKE unterstützt die Forderung nach einem Pop-Büro für Bremen und wir haben sie bereits in unser Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl aufgenommen. In anderen Großstädten haben sich solche Büros als ein Motor für die Entwicklung der lokalen Szene erwiesen, Bremen sollte von diesen Erfahrungen lernen. Generell halten wir auch die Förderung der Geschäftsstellen der Vereine der Freien Kulturszene für sinnvoll, die dann auch Aufgaben der Beratung für die Freie Szene z.B. zur Antragstellung übernehmen sollte. Zu diesen Vereinen zählt für uns auch der Clubverstärker.

Musik ist kein Lärm!!!

FRAGE: Wie sieht Ihre Partei die Notwendigkeit das Thema Emissionen im Nachtleben zu behandeln, Stichwort „Mediterranisierung“? Bei welchen Akteuren sehen Sie diese Aufgabe (Clubs und Bars, Politik, Behörden, BremerInnen)?

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu der Einrichtung eines Lärmschutzfonds für die Umrüstung der Bremer Clubs nach dem Berliner Modell und wie kann dieser in Bremen realisiert werden? (<https://2018.laermschutzfonds.de>)

Antwort: Für uns gehört eine lebendige Club- und Kneipenkultur zu einer lebenswerten Großstadt. DIE LINKE sieht daher die zunehmenden Konflikte zwischen Clubs und Anwohner*innen mit Sorge. Wir haben Verständnis für die Ruhebedürfnisse der Anwohner*innen haben, erwarten wir von ihnen aber Dialogbereitschaft und hoffen, dass alle Beteiligten Probleme möglichst direkt klären können. Wo dieses nicht gelingt, ist es auch Aufgabe der Politik, moderierend einzugreifen.

Einen Lärmschutzfonds halten wir bei uns noch nicht diskutiert. Nichtkommerzielle Projekte können bereits jetzt Förderanträge für Lärmschutzmaßnahmen stellen und haben dies in den letzten Jahren auch schon erfolgreich gemacht. Falls sich die Konfliktsituation um die Clubs in der kommenden Zeit jedoch weiter verschärfen sollte, muss über einen Fonds neu nachgedacht werden.

Behörden und Verwaltung

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu einer zentralen Stelle für Genehmigungsverfahren und Kommunikation zwischen Behörde, Politik und Kultur?

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu der aktuellen Sperrstundenregelung?

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu der aktuellen Stellplatzverordnung?

Antwort: DIE LINKE teilt die Einschätzung, dass Genehmigungswege in Bremen zu umfangreich sind und oft auch zu lange dauern. Wir streben daher eine Bündelung von Kompetenzen sowie eine bessere Ausstattung der Verwaltung, um schneller Anträge bearbeiten zu können, an. Gerne möchten wir mit dem Clubverstärker in einen Dialog treten, um zu erfahren, an welchen Punkten es besonders oft zu Reibungsverlusten zwischen Clubs und Behörden kommt und dann gemeinsam Lösungen für einfachere Verfahren zu entwickeln.

Wir sehen keinen Bedarf, an der aktuellen Sperrstundenregelung etwas zu ändern.

Die Stellplatzverordnung halten wir für nicht mehr zeitgemäß, es wird zu viel Parkraum in der Innenstadt verlangt und dem Autoverkehr dadurch zu viel Fläche zugewiesen. DIE LINKE tritt für eine ökologisch und sozial ausgeglichene Verkehrswende ein, in der es attraktiv ist, zum Feiern mit dem Rad oder dem ÖPNV zu fahren.